



# MEHR GRÜN FÜR DEN LANDKREIS

GRÜNE ZEITUNG ZU DEN KOMMUNALWAHLEN AM 11. SEPTEMBER



## Christel Wemheuer als LANDRÄTIN - MITWIRKUNG



Christel Wemheuer im Gespräch

### Haben Sie eine realistische Chance, als Landrätin gewählt zu werden?

Eindeutig Ja! Auch ich profitiere vom Stimmungswandel im Land. Ich spreche mit vielen Menschen und stelle immer wieder fest, dass wir GRÜNE mit unseren Vorstellungen bei den Menschen auf so positive Resonanz stoßen wie noch nie und viele freuen sich auf eine GRÜNE Landrätin.

### Und mit welchen Zielen treten Sie an?

Ich möchte mehr MITWIRKUNG der BürgerInnen an allen politischen Entscheidungen, eine zügige Umsetzung der Energiewende in der Region und konsequenten Klimaschutz. Sehr wichtig sind mir auch Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität an unseren Schulen und in den Kitas und zukunftsfähige Konzepte, um dem demografischen Wandel zu begegnen. Ich möchte unsere vielfältige kulturelle Landschaft erhalten und eine bessere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, damit zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen.

### Was reizt Sie an der Aufgabe als Landrätin?

Zurzeit bin ich im Landkreis Göttingen Dezernentin für Bauen, Planen, Umwelt, Ordnung und Verkehr und ich mache diese Arbeit sehr gern und mit voller Kraft. Als Landrätin sind meine Gestaltungsmöglichkeiten aber natürlich größer. Ich habe klare Ziele vor Augen, die ich als Landrätin gemeinsam mit dem Kreistag besser umsetzen kann.

### Was macht für Sie den Charme des Landkreises Göttingen aus?

Das Besondere an unserer Region ist für mich, dass die Landschaft so reizvoll und abwechslungsreich ist und wir mit der weltweiten Universitätsstadt Göttingen ein Zentrum mit attraktiven Kulturangeboten und großen Entwicklungspotenzialen verfügen.

### Wann haben Sie Ihr Interesse an Politik entdeckt?

Mit 13 habe ich in meinem Zimmer Plakate aufgehängt mit dem Inhalt „Frieden in Vietnam“. Familiär hat das damals für viel Aufregung gesorgt.

### Und wofür sind Sie das erste Mal zum Demonstrieren auf die Straße gegangen?

Anfang der 70er Jahre habe ich das erste Mal an einer Schülerdemo vor dem alten Kreishaus teilgenommen. Damals ging es um eine bessere Ausstattung der Berufsschulen.

### Welches Buch hat Sie als erstes politisch geprägt?

Der Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit aus dem Jahre 1972: „Die Grenzen des Wachstums“. Leider haben die Autoren in vieler Hinsicht recht behalten.

### Wann und warum sind Sie bei den GRÜNEN eingetreten?

1986 im Tschernobyljahr. Ich bin damals nach Gleichen gezogen und wollte mich an meinem Wohnort kommunalpolitisch einbringen. Beheimatet in der Anti-AKW- und Umweltbewegung, war dies für mich ein logischer Schritt, meine politischen

Vorstellungen konsequent umzusetzen. Die GRÜNEN zogen damals mit „Global denken, lokal handeln“ in den Wahlkampf. Genau das habe ich gemacht.

### Aber es war nicht Ihr Kindertraum, Landrätin zu werden?

Nein, als Kind wollte ich Schafzüchterin in Australien werden. Ich habe es mir toll vorgestellt, mit Pferd und Hund in der Natur unterwegs zu sein.

### Worüber können Sie sich (politisch) so richtig aufregen?

Über populistische Politiker, denen es nicht um die Sache, sondern nur um Macht geht.

### Was tun Sie, um sich zu entspannen?

Im Garten arbeiten, Marmelade einkochen, Kuchen backen, Romane lesen und laufen.

### Worüber haben Sie sich in letzter Zeit am meisten gefreut?

Über die wachsende Bereitschaft der Menschen in Göttingen, die Energiewende in die eigenen Hände zu nehmen und umzusetzen. Da ist gerade richtig was in Bewegung.

### Ihr Lebensmotto?

Gemeinsam können wir es schaffen!

## Die Zukunft ist GRÜN

### Liebe Leserinnen und Leser.

Sie halten die GRÜNE Wahlkampfzeitung in den Händen. Auf den kommenden Seiten möchten wir Sie über unsere politischen Inhalte informieren und Ihnen einen Überblick über die Personen geben, die zukünftig im Kreistag von Göttingen als GRÜNE Abgeordnete arbeiten wollen.

Unser Ziel bei der Kommunalwahl am 11. September ist mehr GRÜN im Landkreis Göttingen. Eine GRÜNE Landrätin Christel Wemheuer und eine stärkere GRÜNE Fraktion sollen anschließend unsere guten Konzepte von einem sozialen, nachhaltigen, ökologischen und weltoffenen Landkreis umsetzen.

Unter dem Motto „Mehr Lebensqualität im Landkreis Göttingen“ haben wir unsere Positionen in einem Programm formuliert. Die prägnante Kurzversion davon finden Sie

in dieser Zeitung. Darüber hinaus nutzen wir die Gelegenheit, Ihnen in einigen Beiträgen zentrale Elemente unserer Politik zu verdeutlichen, für die wir uns in den letzten Jahren im Landkreis Göttingen besonders eingesetzt haben. Als kleine Fraktion, mit nur acht von 64 Kreistagsabgeordneten, hatten wir manchmal schwer an der Umsetzung unserer nachhaltigen Konzepte zu tragen.

Aber die Ergebnisse unserer langfristigen Arbeit können sich sehen lassen, z.B. in der Schulpolitik, mit der IGS Bovenden und der KGS Gieboldehausen - oder auch durch entschiedene Schritte hin zu einem Landkreis, der die notwendige Energie ökologisch verträglich selbst produziert.

Diese Zeitung hat ihren Schwerpunkt in den Gemeinden und Städten des Landkreises außerhalb von Göttingen. Für die Stadt Göttingen gibt eine zusätzliche Zeitung. Daneben gibt es die Infos und

Programme unserer Orts- und Stadtverbände, die Ziele unserer Landratskandidatin Christel Wemheuer und schlussendlich auch die Langfassung des Kreiswahlprogrammes.

Das alles ist erhältlich an unseren Infoständen, auf unseren Veranstaltungen, per Post oder als Onlineversionen im Internet. Oder sprechen Sie mit uns. Wir antworten Ihnen auch gerne auf Ihre Fragen.

Bitte gehen Sie am 11. September 2011 zur Wahl, unterstützen Sie die Vorschläge der GRÜNEN für die Orts-, Gemeinde- und Stadträte, für den Kreistag Göttingen und unsere Christel Wemheuer für die Landrätinnenwahl.

Es ist Ihre und unsere Chance! Geben Sie uns Ihre Stimmen für mehr GRÜNE Inhalte im Landkreis.

Herzliche Grüße  
Maria Gerl-Plein  
Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN Kreistagsfraktion

### Zur Person

Christel Wemheuer ist 55 Jahre alt, wohnt in Groß Lengden, ist verheiratet und hat eine erwachsene Tochter. Über den zweiten Bildungsweg wurde sie Chemielaborantin, später Chemieingenieurin und Diplom-Politologin. Von 1991 bis 2003 war sie GRÜNES Mitglied im Kreistag, seit 1994 als Fraktionsvorsitzende. Seit 2003 ist sie Dezernentin für Planen, Bauen, Umwelt, Ordnung und Verkehr im Landkreis Göttingen.

### Weitere Informationen

[www.christel-wemheuer.de](http://www.christel-wemheuer.de)

Mit der Post wird Ihnen auch ein Info mit den politischen Zielen von Christel Wemheuer für den Landkreis Göttingen zugestellt werden. Das Info und weitere Informationen können Sie aber auch auf der Homepage finden, bei den GRÜNEN direkt bestellen (Adresse rechts unten), oder per E-Mail anfordern:

[info@christel-wemheuer.de](mailto:info@christel-wemheuer.de)

## „Die GRÜNEN stellen immer die Inhalte an die erste Stelle!“

### Interview mit Ute Haferburg und Hans Georg Schwedhelm (Sprecherin und Sprecher des GRÜNEN Kreisverbandes).

#### Eine interessante Frage zuerst! Mit wem möchten Sie nach den Wahlen im Kreistag zusammen arbeiten?

**Ute Haferburg (Friedland):** Die GRÜNEN stellen immer die Inhalte an die erste Stelle! Wir haben im Landkreis Göttingen in der Vergangenheit zunächst mit der SPD und seit zehn Jahren mit der CDU zusammen gearbeitet. In der Bundespolitik gibt es in zentralen Fragen eine größere Übereinstimmung mit der SPD. In der Kommunalpolitik sieht es manchmal anders aus. Wenn es um den Straßenbau und die Verhinderung von Umweltauflagen geht, gibt es zwischen den beiden Parteien in vielen Fällen keinen Unterschied.

**Warum unterstützen die GRÜNEN bei der Landratswahl nicht Bernhard Reuter von der SPD? Die Kandidatur von Christel Wemheuer könnte doch dazu führen, dass der CDU-Vorschlag, Frau Stollwerck-Bauer,**

#### die lachende Dritte ist.

**Haferburg:** Warum sollen wir das Hopping eines Landrates in einen anderen Kreis unterstützen. Ich kann da für Göttingen keine Vorteile entdecken und erst recht nicht für Osterode – dort soll es dann ohne gewählten Landrat weitergehen. Wir haben mit Christel Wemheuer eine hervorragende Kandidatin gefunden, die als Dezernentin im Landkreis Göttingen schon Verantwortung trägt, in der Region verwurzelt ist und viel Lob für ihre absolut kompetente Arbeit im Kreis erhält. Der aktuelle Verlauf des Wahlkampfes zeigt, wie richtig diese Entscheidung war.

**Hans-Georg Schwedhelm (Duderstadt):** Natürlich reist Herr Reuter jetzt im gemieteten Elektroauto durch den Landkreis Göttingen und erklärt, was er alles besser machen will. Was der Landrat Reuter und eine SPD-Mehrheit bedeuten, können wir (Fortsetzung auf Seite 2)

## Unsere SpitzenkandidatInnen für die Kreistagswahl



Stellvertretend für fast 300 Kandidaturen zu den unterschiedlichen kommunalen Vertretungen im Landkreis Göttingen. Die SpitzenkandidatInnen für den Kreistag Von links: Martin Worbes, Anja-Carola Vaupel, Dietmar Linne, Christel Wemheuer (Landratskandidatin), Kristian Stanar, Maria Gerl-Plein, Lino Klevesath, Volkmar Kießling, Norbert Hasselmann, Steffani Wirth, Linda Barnewold, Ute Haferburg und Hans-Georg Schwedhelm. Die KreiskandidatInnenliste finden Sie auf Seite 2.

### So erreichen Sie uns

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Göttingen

GRÜNES Zentrum  
Lange-Geismar-Str. 72  
37073 Göttingen

Tel.: 0551-555 94  
Fax: 0551-531 60 90

[gruene.goettingen@t-online.de](mailto:gruene.goettingen@t-online.de)

Homepage

[www.gruene-goettingen.de](http://www.gruene-goettingen.de)

Dort finden Sie auch die Internetseiten der GRÜNEN Ortsverbände im Landkreis Göttingen.

## „GRÜN Wählen...“ (Fortsetzung von Seite 2)

mit einem Blick in den Landkreis Osterode erfahren. Dort ist er ja aktuell Landrat. Da arbeitet die SPD mit der FDP zusammen, obwohl ebenso rot/GRÜN möglich wäre. Der Landkreis Osterode hatte am Ende 2010 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.222 Euro aus Haushaltsfehlbeträgen und Investitionskrediten und jetzt im Juli eine Arbeitslosigkeit von 9,3 Prozent. Die entsprechenden Zahlen im Landkreis Göttingen sind 6,8 Prozent Arbeitslosigkeit und eine Pro-Kopf-Verschuldung von 376 Euro. Herr Reuter ist auch für die sehr kritisch beurteilte SGB II –Umsetzung im Landkreis Osterode verantwortlich.

Ich denke, Bernhard Reuter hat in den nächsten Jahren in seinem bisherigen Landkreis Osterode noch einiges nachzuarbeiten.

### Was wollen Sie bei dieser Wahl erreichen?

**Haferburg:** Eine GRÜNE Landrätin Christel Wemheuer und eine stärkere GRÜNE Fraktion im Kreistag. Dann sehen wir, welche Inhalte wir mit den anderen Fraktionen umsetzen können. Es geht uns GRÜNEN darum, mit wem wir in vertrauensvoller Zusammenarbeit das Maximum unserer Vorstellungen durchsetzen können. Die Zusammenarbeit zwischen zwei politischen Partnern ist auch eine Frage von Zuverlässigkeit und Vertrauen. Nach den Verhandlungen diskutiert und entscheidet unsere Mitgliederversammlung. Schlecht wäre aus unserer Sicht eine Zusammenarbeit zwischen CDU und SPD. Wir wollen wie bisher

die Politik in unserem Landkreis Göttingen mitbestimmen.

### Herr Oppermann (SPD) sagt, dass man Rot wählen muss, um Schwarz-Grün zu verhindern und Rot-Grün zu bekommen.

**Schwedhelm:** Da hat Thomas Oppermann unrecht! Wer Schwarz-Rot oder Rot-Gelb verhindern will, muss GRÜN wählen. Rot-Grün hängt von den Faktoren ab, die Ute gerade beschrieben hat - den Inhalten und der Zuverlässigkeit. Vor zehn Jahren z.B. war die SPD bärenstark, hat den Landrat gestellt und trotzdem die Rot-Grüne Zusammenarbeit mutwillig gegen die Wand gefahren.

### Was sind für die GRÜNEN die Knackpunkte bei Verhandlungen mit den anderen Parteien?

**Haferburg:** Die Energiewende muss lokal umgesetzt werden - das prägende Thema der nächsten Jahre. Bei diesem Thema ebenso wie bei anderen, muss der Naturschutz eine wichtige Rolle spielen. Keine neuen Straßen, dafür mehr Radwege und eine Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Eine maßvolle Haushaltskonsolidierung und auch die Betreuung von SGB II - EmpfängerInnen muss verbessert werden. Keine weitere Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen. Wir wollen nach Möglichkeit weitere Integrierte Gesamtschulen im Landkreis schaffen und mehr Ganztagschulen und deren Qualitätssicherung. Dafür suchen wir im neuen Kreistag eine zuverlässige Partnerin.

## GRÜNE setzen sich für WSA ein

Dem „Wasser- und Schifffahrtsamt“ Hann. Münden (WSA) droht die Einsparung. Die Beschäftigten warben u.a. auch bei den GRÜNEN für den Erhalt.

Daher reiste die Landratskandidatin Christel Wemheuer im Juli gemeinsam mit Mitgliedern des WSA-Personalrates, Vertreterinnen von ver.di und GRÜNEN (so auch Martin Bretzler aus Hann. Münden) nach Berlin.

Sie trafen sich mit der GRÜNEN Bundestagsabgeordneten Dr. Valerie Wilms, um Möglichkeiten der Einflussnahme auf Bundesebene zu eruieren.

Die Personalratsvertreter/-innen schilderten die aktuelle Situation, v.a. die befürchtete Standortschwächung und die mangelnde Mitbestimmung des Personalrates.

Wemheuer verdeutlichte indes, dass das WSA auch besondere Kompetenzen hinsichtlich der Planung von Wasserkraftwerken besitze. „Dieses Know-How wird angesichts der Energiewende dringend benötigt“, so Wemheuer. Die Weserumschlagstelle sei ein erfolgreiches Instrument Mündener Wirtschaftsförderung. Der Standort Münden habe daher außergewöhnliche Bedeutung für die Region.

Die jetzige Befahrbarkeit der Weser müsse erhalten bleiben, forderte das GRÜNE Kreisvorstandsmitglied Martin Bretzler.

Die Delegation übergab die auf Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion Münden einstimmig vom Stadtrat beschlossene Resolution zum Erhalt des WSA.

## Kein Platz für Nazi-Gedankengut

Am 3. September 2011 plant Torsten Heise, NPD-Kreistagsabgeordneter einen sogenannten „Eichsfelder Heimatstag“ in Leinefelde. Torsten Heise ist noch aus der Zeit bekannt, als er in Northeim wohnte. Nach einem Familiennachmittag, „mit Karussell und Hüpfburg besonders für junge Familien“, soll abends ein Rockkonzert mit der Gruppe „Lunikoff-Verschönerung“ stattfinden.

Diese Gruppe gehört zu den bekanntesten Rockgruppen in der rechten Szene. Der Sänger, Michael Regener war vormals bei der Gruppe „Landser“ aktiv.

Am 3. September ruft die NPD in Dortmund zudem zum „Antikriegstag“ auf (diese Bezeichnung ist eine Beleidigung für alle Menschen, die jedes Jahr am 1. September, dem Antikriegstag, der Opfer des II. Weltkrieges und des Faschismus gedenken). Die Teilnehmer dieser Dortmund NPD-Veranstaltung sollen anschließend per Bahn nach Leinefelde zu dem Nazi-Rockkonzert kommen.

Nachdem dieses Vorhaben der NPD bekannt geworden ist, hat sich im Eichsfeld eine Initia-

tive gebildet, die eine Demonstration und Kundgebung am 3. September in Leinefelde gegen die NPD und Torsten Heise vorbereitet. Alle demokratischen Parteien von CDU bis GRÜNE, Gewerkschaften und politische Jugendorganisationen unterstützen die Aktion in Leinefelde. Ausgangspunkt für die Demonstration am 3. September, ab 14.00 Uhr, ist der Bahnhof Leinefelde. Nach einer Demo durch die Stadt sind ab 15.00 Uhr im Lunapark eine Kundgebung und ein Kulturfest geplant.

Der GRÜNE Kreisvorstand Göttingen hat beschlossen, den Protest in Leinefelde zu unterstützen. Zusätzliche Informationen gibt es unter <http://eichsfeldgegennazis.blogspot.de/>



Kandidieren für Hann. Münden: Martin Bretzler, Sabine Haegner und Anna Lena Kürschner



Kandidieren für Dransfeld, Rosdorf und Staufenberg: Volkmar Kießling, Bettina Briesemeister und Volkhard Hartmann



Kandidieren für Adelebsen, Friedland und Bovenden: Ute Haferburg, Christian Baur, Petra Löb-Kompart, Norbert Hasselmann und Wolfgang Meier-Andres

## Ein neuer Weg durch einen neuen Konzessionsvertrag

Es ist in den letzten Jahren deutlich geworden, dass Gemeinden mit nicht privatisierten Strom- oder Gasnetzen finanziell, wirtschaftlich und umweltschädlich vielerorts gut gefahren sind. Die Wertschöpfung aus dem Netzbetrieb kann so z.B. in den Gemeinden bleiben und die Versorgungsnetze in kommunaler Hand erleichtern den Ausbau von erneuerbaren Energien. In den meisten Gemeinden des Landkreises Göttingen gegen befindet sich das Strom- und das Gasnetz im Besitz und im Betrieb des Energiekonzerns EON. Dies ist in sogenannten Konzessionsverträgen geregelt. Diese laufen mehrheitlich Ende 2011 aus.

Die GRÜNEN in den Gemein-

den haben den Rückkauf der Netze oder zumindest intensive Vertragsneueverhandlungen mit besseren Rückkaufbedingungen am Vertragsende gefordert.

Städte und Gemeinden mit eigenen Stadtwerken haben ihre Chance genutzt und beschlossen, Teile des Stromnetzes von der EON zurück zu kaufen. Das ist der Fall in Duderstadt, Hann. Münden und Bovenden.

Die Samtgemeinden Dransfeld, Radolfshausen und Gieboldehausen haben die Vertragsverhandlungen auf Gemeindeebene belassen und dadurch keine günstigeren Verträge abgeschlossen.

Positiv schien sich anfangs auch ein Plan von Adelebsen, Friedland, Rosdorf und Gleichen

## Für den Kreistag kandidieren:

### HANN. MÜNDEN Wahlbereich 6

Platz 1: Sabine Haegner  
Platz 2: Martin Bretzler  
Platz 3: Anna Lena Kürschner  
Platz 4: Matthias Wesseler  
Platz 5: Ulrike Naumann  
Platz 6: Dirk Ammermann  
Platz 7: Christine Schloms  
Platz 8: Klaus Marquardt  
Platz 9: Wiebke Hübner  
Platz 10: Isolde Salisbury

### DRANSFELD, ROSDORF, STAUFENBERG Wahlbereich 7

Platz 1: Volkmar Kießling  
Platz 2: Bettina Briesemeister  
Platz 3: Volkhard Hartmann  
Platz 4: Andrea Obergöcker  
Platz 5: Martin Fichtler  
Platz 6: Holger Liese  
Platz 7: Jochen Schmidt  
Platz 8: Peter Wyderka  
Platz 9: Ernst Gottwald

### ADELEBSEN, FRIEDLAND, BOVENDEN Wahlbereich 8

Platz 1: Norbert Hasselmann  
Platz 2: Ute Haferburg  
Platz 3: Christian Baur  
Platz 4: Wolfgang Meier-Andres  
Platz 5: Petra Löb-Kompart  
Platz 6: Dorothea Capelle  
Platz 7: Annelie Thieme  
Platz 8: Bernd Tapken  
Platz 9: Dr. Renate Schmalfuß  
Platz 10: Brigitte Bergholz



### GLEICHEN, GIEBOLDE- HAUSEN, RADOLFSHAUSEN Wahlbereich 9

Platz 1: Martin Worbes  
Platz 2: Inga Espig  
Platz 3: Michael Preiß  
Platz 4: Gabriele Schaffartzik  
Platz 5: Dieter Birke  
Platz 6: Stefan Hörschelmann  
Platz 7: Jörg Klapproth  
Platz 8: Oliver Trisl  
Platz 9: Bernd Domeyer  
Platz 10: Heike Albrecht

### DUDERSTADT Wahlbereich 10

Platz 1: Marliese Frisch-Dvorak  
Platz 2: Hans-J. Bruns-Kaisinger  
Platz 3: Ursula Hütt  
Platz 4: Stefan von Berg  
Platz 5: Brunhilde Hirschfeld  
Platz 6: Jochen Mitschke  
Platz 7: Heinrich Schilling  
Platz 8: Peter Schwarz  
Platz 9: Christian Brenzei  
Platz 10: Viola von Cramon

### GÖTTINGEN (Wahlb. 1-5) Oststadt

Platz 1: Hans-Georg Schwedhelm  
Platz 2: Linda Barnewold  
Geismar  
Platz 1: Steffani Wirth  
Platz 2: Nicolai Zipfel  
Grone  
Platz 1: Kristian Stanar  
Platz 2: Katja El-Hachach  
Weende  
Platz 1: Anja-Carola Vaupel  
Platz 2: Lino Klevesath  
Innenstadt  
Platz 1: Maria Gerl-Plein  
Platz 2: Dietmar Linne

## Integrationspolitik

Toleranz und Weltoffenheit, Chancengleichheit, Gleichstellung, politische und gesellschaftliche Teilhabe sind Leitziele GRÜNER Politik.

In der Verwaltung sehen Die GRÜNEN Integration als fachübergreifende Schwerpunktaufgabe an. Zentrale Bausteine sind dabei für die nächste Wahlperiode die Erstellung und die Umsetzung des Integrationskonzeptes für den Landkreis.

Deshalb wurde auf Antrag der GRÜNEN Kreistagsfraktion die Stabsstelle einer/eines Integrationsbeauftragten geschaffen und besetzt. Bis dahin war Integrationspolitik nur eine Aufgabe in der Sozialverwaltung - mit beschränkter Zuständigkeit der MitarbeiterInnen. Nun ist endlich ein Einfluss auf andere Verwaltungsbereiche gegeben, etwa im Schul-, Kultur- oder Personalbereich. Denn hier wie dort sind Maßnahmen zur Integration erforderlich:

- Die interkulturelle Kompetenz

der MitarbeiterInnen in der Verwaltung und in den Sozialeinrichtungen soll gestärkt werden.

- In öffentlichen Institutionen, einschließlich der Kreisverwaltung, sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund ausgebildet und beschäftigt werden. Angestrebt wird eine Quote entsprechend dem Anteil in der Bevölkerung.
- Sie sollen stärker in alle zivilgesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden.
- Die Gleichstellung von Frau und Mann muss gefördert werden. Jeder Mensch hat das Recht, sich in seiner eigenen Identität weiter zu entwickeln.
- Langjährig hier lebende Flüchtlinge brauchen endlich ein humanes Bleiberecht. Die Residenzpflicht und das schikanöse Gutscheinsystem sollen abgeschafft werden.
- Der Landkreis soll sich weiterhin gegen Rassismus und Diskriminierung einsetzen.

## Gleichberechtigung und Frauenpolitik

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für die GRÜNEN eine zentrale Forderung. Damit Frauen und Männer auf Augenhöhe miteinander umgehen können, gehören zu den gleichen Rechten auch gleiche Chancen. Rechtlich ist viel erreicht worden, aber der Kampf um die gesellschaftliche Gleichstellung ist noch lange nicht gewonnen, etwa bei der Höhe der Löhne, den Karrierechancen oder der Doppelbelastung in Familie und Beruf.

Die Frauen sind auf dem Weg. Sie sind überwiegend gut ausgebildet, selbstbewusst und fordern ihren Platz in der Gesellschaft ein. Frauen wollen berufstätig sein, wollen Familie und Kinder haben und sehen es als normal an, beides miteinander zu vereinbaren. Aber noch immer sind Vollzeitstellen und Führungspositionen überwiegend in Männerhand. Hier muss

auch die Kommunalpolitik für gleiche Beteiligungsrechte sorgen. Der künftige Kreistag sollte je zur Hälfte aus Frauen und Männern bestehen.

In allen frauenpolitischen Belangen haben die Gleichstellungsbeauftragten eine wichtige Funktion. Ihr Netz in den Gemeinden muss ausgebaut werden. Sie müssen in der politischen Auseinandersetzung unterstützt werden.

Die GRÜNE Kreistagsfraktion steht für die weitere finanzielle Absicherung frauenpolitischer Projekte wie „Frauenhaus“ oder „Frauennotruf“ ein.

Sie will die Beschäftigungsförderung von Frauen während und nach Familienphasen verbessern und weitere spezielle Förderangebote Bereich des SGB II einrichten.

Die Rolle von zugewanderten Frauen muss besonders berücksichtigt werden.





Kandidieren für Gleichen, Gieboldehausen und Radolfshausen: Michael Preiß, Inga Espig und Martin Worbes



Kandidieren für Duderstadt: Marliese Frisch-Dvorak, Ursula Hütt und Hans-Joachim Bruns-Kaisinger

**Was und wann wird gewählt?**

Am 11. Sep. 2011 (08.-18.00 Uhr) finden in Niedersachsen die Kommunalwahlen statt. Dann werden alle Kreistage, Stadt-, Gemeinde- und Ortsräte neu gewählt. In unserem Landkreis (incl. Stadt Göttingen) wird auch eine Landrätin bzw. ein Landrat in einem Wahlgang (ohne Stichwahl) neu gewählt.

**Wer darf wählen?**

Wählen dürfen alle, die das 16. Lebensjahr am Tag der Wahl vollendet haben und die die deutsche Staatsangehörigkeit oder die eines EU-Staates besitzen. Sie müssen seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet einen festen, gemeldeten Wohnsitz haben.

**Wie wird gewählt?**

Für jede Wahl einer kommunalen Vertretung erhalten Sie je einen Stimmzettel. Für jede kommunale Vertretung (Kreistag, Gemeinderat oder

auch Ortsrat) haben Sie drei Stimmen. Diese können Sie entweder an eine Wahlliste (z.B. GRÜNE) vergeben (Fachausdruck *kumulieren*) oder auch auf mehrere Wahllisten verteilen (Fachausdruck *panaschieren*). Sie können die Stimmen aber auch direkt bei den Kandidaten/Kandidatinnen *kumulieren* oder *panaschieren*. Bei der Landrats-/rätinnenwahl haben Sie nur eine Stimme (Einzelwahl).

**Sie haben am 11. September keine Zeit zum Wählen?**

Dann nutzen Sie die Briefwahl. Mit der per Post zugestellten Wahlbenachrichtigungskarte können sie die Briefwahl beantragen. Vor allem gibt es auch die Möglichkeit, direkt im Wahlamt oder -büro in Ihrem Gemeinde- oder Stadthaus zu wählen (Personalausweis nicht vergessen!).

**Weitere Informationen: [www.landeswahlleiter.niedersachsen.de](http://www.landeswahlleiter.niedersachsen.de) - dort auch in allen Amtssprachen der EU**

**SGB II im Landkreis Göttingen**

Die Idee, durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe den Menschen besser helfen zu können, ist gescheitert. Von Anfang an wurden die Menschen gegängelt und sanktioniert. Im Landkreis Göttingen konnte die GRÜNE Fraktion dies teilweise noch abfedern. So liegt hier die Sanktionsquote deutlich unter dem Durchschnitt. Die GRÜNEN lehnen die Sanktionierung von SGB II-EmpfängerInnen ab.

Die Höhe des SGB II ist deutlich zu gering und ermöglicht keine Teilhabe am sozialen Leben, besonders für Kinder und Jugendliche ist dies kein guter Start ins Leben. Mit dem Bildungspaket werden jetzt Dinge wie Schulmaterial, SchülerInnenfahrkarten etc. gezahlt, was der Landkreis Göttingen dank GRÜNER Anträge bereits tut.

Statt mit dem Bildungspaket die Verwaltung aufzublähen, wäre es sinnvoller gewesen, den Menschen das Geld direkt zur Verfügung zu stellen. SGB II-EmpfängerInnen müssen nicht nur mehr Geld bekommen, sie müssen auch adäquat gefördert werden. Diese Förderung ist akut in Gefahr. Der Bund kürzt die Mittel so drastisch, dass im Landkreis über 40% weniger an Eingliederungsleistungen zur Verfügung stehen. Hierdurch werden viele BildungsträgerInnen auf der Strecke bleiben, wodurch das Angebot für die SGB II-EmpfängerInnen auf Dauer schlechter wird. Der Fokus muss auf der Förderung von

Menschen durch zielgerichtete Maßnahmen liegen. Es ist kontraproduktiv am Budget für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und öffentlicher geförderter Beschäftigung zu sparen. Die Arbeitsgelegenheiten haben vielen Menschen Tagesstruktur und Lebenssinn gegeben. Sie abzuschaffen, heißt nur noch die Starken zu fördern und die Schwachen auszugrenzen.

Auch die Möglichkeiten zur Teilhabe von behinderten und gesundheitlich eingeschränkten Menschen am Arbeitsleben werden rapide gekürzt. Zur Förderung und Eingliederung aller Menschen setzen sich die GRÜNEN für eine Stärkung des zweiten Arbeitsmarktes in Göttingen ein.

Die Verwaltungskosten sind in Göttingen noch zu hoch. Die Forderung nach der Leistung aus einer Hand ist noch nicht erfüllt. Auch wenn Verbesserungen erzielt wurden, bestehen noch immer teure Doppelstrukturen. Die Organisationsstruktur soll an den Menschen orientieren und die bestmögliche Dienstleistung für sie bieten.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass so wenig Menschen wie möglich aus Kostengründen umziehen müssen. Die Mieten müssen deshalb endlich in der Höhe gezahlt werden, wie sie sich vor Ort gestalten. Gerade die Stadt Göttingen hat ein hohes Mietpreisniveau - das muss sich auch in den Leistungen für die Kosten der Unterkunft widerspiegeln.

**Die Energieagentur**

**Motor für die Energiewende in der Region Göttingen**

Die „Energieagentur Region Göttingen e.V.“ (EARG) wurde auf eine GRÜNE Initiative hin durch Beschlüsse im Stadt- und Kreistag Göttingen 2009 gegründet und hat im Februar 2010 die Geschäfte aufgenommen. Maßgeblich wird sie von der Stadt und dem Landkreis Göttingen finanziert - dies ist für drei Jahre sichergestellt.

Die Energieagentur ist Ansprechpartnerin in allen Fragen zum Thema Energie, Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Klimaschutz: für Unternehmen, Verbraucher, Bauherren und Sanierer, die Wohnungswirtschaft und auch für die Kommunen. Dabei findet eine unabhängige Beratung vor Ort statt.

Die Energieagentur ist, auch angesichts der dynamischen Entwicklung beim Thema ‚Energiewende/Atomausstieg‘, schnell gewachsen und wird aktuell von 75 Mitgliedern getragen.

Christel Wemheuer ist bis 2012 als Vertreterin der Kreisverwaltung die Vorsitzende.

Das Projekt „Initialberatung Altbauausanierung“ hat binnen fünf Monaten bisher 200 Hauseigentümer in Stadt und Landkreis Göttingen erreicht.

Zudem werden Privathaushalte kostenlos von Haushaltsenergieberatern im Umgang mit Energie beraten. Seit April 2011 kann das Instrument der Bürgerarbeitsplätze für diese Beratung eingesetzt werden, sodass langzeitarbeitslose Menschen neue Aufgabengebiete erhalten.

Die EARG wird das vom Kreistag beschlossene Förderprogramm zur Altbauausanierung, z. B. Dämmung und Solarthermie,

federführend betreuen. Auf Vorschlag der GRÜNEN werden dafür Mittel in Höhe von einer Million Euro für drei Jahre zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wurde das „Netzwerk Regenerative Energien“ gegründet. Es führt Akteure im Bereich erneuerbarer Energien aus Wissenschaft und Wirtschaft in konkreten Projekten zusammen. So können Impulse für Bürgerbeteiligungen gegeben, ein zielführender Wissenstransfer erreicht und regionale Betriebe gestärkt werden. Aktuell werden die Moderationsprozesse für eine bürgerorientierte Energiewende im ländlichen Raum, insbesondere im Bereich Windenergie, koordiniert. Um die Nutzung der Sonnenenergie in der Region zu verstärken, wird z.Z. ein Solarportal mit einer integrierten Solardachbörse und einem Fachbetriebsverzeichnis errichtet.

In nur 2 Jahren ist mit der EARG eine Institution etabliert worden, die konkrete Projekte zur Erreichung der regionalen Energiewende plant, begleitet und umsetzt.

Die GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass die EARG weiter gefördert wird und dass solche Strukturen vom Bund und Land perspektivisch eine Grundfinanzierung erhalten, damit sie nicht als sogenannte freiwillige Leistungen die kommunalen Haushalte zu sehr belasten. Klimaschutz ist angesichts der Herausforderungen, vor denen wir alle stehen, zur Pflichtaufgabe geworden.

Mehr Informationen unter [www.energieagentur-goettingen.de](http://www.energieagentur-goettingen.de)

**Energiewende konkret**

Fünf Bioenergiedörfer im Landkreis Göttingen sind eine Erfolgsgeschichte und Vorbild für die Organisation der regionalen Energieversorgung in Bürgerhand.

Jühnde (750 Einwohner) war weltweit das erste Bioenergiedorf, das im Jahr 2005 seine Energieversorgung auf die Basis von Biomasse umgestellt hat. Dieses Modell, basierend auf Ideen der Universität Göttingen, ist zu einer einzigartigen Erfolgsgeschichte geworden, nicht nur im Landkreis Göttingen, sondern auch in anderen Regionen.

Mittlerweile gibt es ca. 70 Bioenergiedörfer in ganz Deutschland.

Maßgeblich unterstützt wurde die Umsetzung als Modellprojekt durch Bundesfördermittel unter den GRÜNEN Ministern Renate Künast und Jürgen Trittin. Die Jühnder Bürger haben so ihre Energieversorgung selbst in die Hand genommen und dabei gleich drei äußerst positive Effekte erzielt: eine vom Weltmarkt unabhängige Energieversorgung, regionale Absatzmöglichkeiten für die Jühnder Landwirte und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

Den Jühnder Erfolg hat der Landkreis Göttingen 2006 zum Anlass genommen, den Aufbau weiterer Bioenergiedörfer zu unterstützen. Zunächst wurden unter Federführung von Christel Wemheuer als zuständige Dezernentin in einem aufwendigen Auswahlverfahren interessierte Dörfer gesucht. Am Ende wurden acht Machbarkeitsstudien für zehn Dörfer mithilfe von LEADER-Fördermitteln der EU finanziert. Daraus sind inzwischen die vier neuen Bioenergiedörfer Barlissen, Krebeck, Wollbrands-

hausen und Reiffenhausen entstanden, die wie Jühnde genossenschaftlich organisiert sind. Auch am Bau der Anlagen hat sich der Landkreis durch Kofinanzierung von EU-Mitteln direkt beteiligt.

Die Bioenergiedörfer sind wichtige Bausteine beim Ausbau einer klimafreundlichen, nachhaltigen und verantwortungsvollen Energieversorgung für den Landkreis Göttingen. Das große Engagement der Menschen in den Dörfern bei der Umsetzung der Projekte hat zugleich das beachtliche Poten-



International bekannt: Das Bioenergiedorf Jühnde

zial unseres ländlichen Raums zur Gestaltung zukunftsfähiger Lebensbedingungen deutlich gemacht. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen, wenn der ehrgeizige Plan des Landkreis Göttingen umgesetzt werden soll, bis 2040 die Energieversorgung auf 100% regenerativ umzustellen.

Erste Beispiele stimmen optimistisch: In Duderstadt wurde eine Solargenossenschaft gegründet und in Gieboldehausen sind erste konkrete Ansätze vorhanden um die Erfahrungen aus dem Partizipationsprozess bei den Bioenergiedörfern für den Bau von Windrädern in Bürgerhand zu nutzen. Die GRÜNEN und Christel Wemheuer werden sich dafür einsetzen, dass hier die entscheidende Unterstützung durch den Landkreis und die „Energieagentur Region Göttingen“ stattfindet.

**Naturschutz beginnt vor der Haustür**

Nicht nur „weltweit“, sondern auch in Deutschland und im Landkreis Göttingen sind viele Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht. Eine Maßnahme gegen das Artensterben ist der Schutz von Fauna und Flora in den europäischen FFH-Schutzgebieten, die im Landkreis Göttingen vor allem Wälder umfassen. Über die Intensität von Schutz und Nutzung dieser Wälder ist in der vergangenen Wahlperiode ein massiver Streit, unter lautstarker Beteiligung der Interessensverbände der Waldnutzer, ausgegangen worden.

Die Fraktionen von SPD, CDU und FDP im Kreistag haben dabei aus ihrer Abneigung gegenüber dem Wort „Naturschutz“ keinen Hehl gemacht. Alle haben der, von den Naturschutzverbänden unterstützten, GRÜNEN Forderung, wenigstens ein kleines und besonders schützenswertes Waldstück bei Hedemünden zum Naturschutzgebiet zu erklären, eine kompromisslose Abfuhr erteilt.

Dabei können auch in einem Naturschutzgebiet die Wälder betreten und genutzt werden, die Nutzung muss nur auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein und bestimmte Optionen für den Naturschutz beinhalten.

In diesem Jahr nun haben alle Parteien im Kreistag die von den GRÜNEN eingebrachte De-

klaration zum Schutz der „biologischen Vielfalt in den Kommunen“ unterstützt. Nach der Wahl wird geprüft werden, wie ernst es vor allem SPD und CDU mit dem Arten- und Naturschutz ist, wenn für die übrigen FFH-Gebiete Schutzverordnungen entworfen werden.



Im FFH-Gebiet Ballertasche zu Hause: Die Gelbbauchunke

Die GRÜNEN wollen in der kommenden Wahlperiode den schwierigen Spagat zwischen der Nutzung durch eine nachhaltige Bewirtschaftung, den Interessen von Erholungssuchenden und Freizeitaktiven sowie dem vollständigen Schutz von Tieren und Pflanzen moderieren und zum größtmöglichen Vorteil für die Natur gestalten. Um das zu erreichen und als „Anwalt für die Interessen der Natur“ erfolgreich eintreten zu können, sollten sie mit einer stärkeren Fraktion in den neuen Kreistag einziehen.

**Schulen und Gesamtschulen**

Es gibt seit 2008 ein zwischen den SchulpolitikerInnen der GRÜNEN Stadt- und Kreistagsfraktion abgesprochenes, oftmals auch öffentlich diskutiertes Konzept eines Schulstandortplanes. Durch ihn konnten die Belange von Stadt und Landkreis bisher gut koordiniert und abgearbeitet werden. So wurde die IGS Bovenden von den GRÜNEN Fraktionen gegen den Willen von CDU und teilweise auch SPD durchgesetzt (zur Erinnerung: die CDU wollte zunächst, wie die FDP noch heute, gar keine Gesamtschulen, die SPD forderte für Bovenden eine KGS.)

Auch die KGS Gieboldehausen wurde realisiert, weil die GRÜNE Kreistagsfraktion die dazu nötige Elternumfrage letztlich der CDU überhandelt hatte. Zu ihrer Überraschung stimmten nun die Eltern auch im Eichsfeld vermehrt für integrierte Beschulung ihrer Kinder. Es kam sogar 2010 in Duderstadt zu einer IGS in Trägerschaft der Katholischen Kirche, ohne dass der von der CDU gefürchtete Zusammenbruch des gegliederten Schulsystems erfolgte.

Mit der Einrichtung einer Oberschule mit Gymnasialzweig für Groß Schneen, wobei bereits in der Vorplanung zwischen Schulträger und Schulleitung auf ein KGS-analoges Modell geachtet wurde, komplettierten sich

die Angebote integrativer Beschulungsmöglichkeit einmal im Rund um Göttingen von Norden (Bovenden) über Ost (Gieboldehausen) bis zum Süden (Groß Schneen). Einzig im Westkreis fehlt nun noch ein entsprechendes Angebot.

Damit es eine IGS für Münden oder eine Oberschule mit Gymnasialangebot analog Groß Schneen in Dransfeld geben kann, braucht der Kreistag eine möglichst starke GRÜNE Fraktion. Sie setzt sich für eine Schule ein, die den Eltern und Schülern im Raum Adelebsen/Dransfeld die Möglichkeit eines wohnortnahen Gesamtschulangebotes in Vollzeitform anbietet. Für diese Lösung arbeitet sie gemeinsam mit dem Kreiseltererrat. Welche Schulform und welcher Standort dabei am Ende umgesetzt wird, ist z.Z. in einer Prüfungs- und Findungsphase. Um ein bestmöglichstes Schulangebot zu garantieren, werden alle Bedenken, Forderungen und Wünsche der Bevölkerung, den Verbänden und der Politik ernsthaft berücksichtigt.

Fazit: Durch Hartnäckigkeit wurde die Schullandschaft in den letzten vier Jahren gründlich zu Gunsten des Elternwillens und einem gerechteren Bildungssystem für die Kinder umgebaut. Und genau so werden die GRÜNEN weiter arbeiten.

**Kinder- und Jugendpolitik**

Kinder- und Jugendpolitik ist für die GRÜNEN ein Querschnittsthema. Kinder müssen vom ersten Tag an Ernst genommen und mit ihren Bedürfnissen beachtet werden – das ist eine Aufgabe, in der die Gesellschaft Familien wie Alleinerziehende unterstützen muss. Gleichzeitig sind eine gute Kinderbetreuung und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche auch ein wichtiger Faktor an Lebensqualität für die ganze Familie.

Angesichts zukünftig finanziell enger werdender Möglichkeiten wird es zwar schwerer, die bereits erreichten Standards aufrechtzuerhalten - aber die GRÜNEN wollen mit der Fortschreibung des Jugendhilfeplanes erreichen,

dass fatale Sparvorhaben vermieden werden und das Geld dort ankommt, wo es wirklich gebraucht wird.

Die GRÜNEN setzen sich für ein bedarfsgerechtes Angebot an Krippen und Tagespflege und für die Fortführung des Betriebes von Jugendräumen in den Orten des Landkreises ein. Kindergärten sollen langfristig zu altersübergreifenden Familienzentren erweitert werden. Kinder erhalten so eine zusätzliche Säule zu der Familie, was das Hineinwachsen in soziale Strukturen erleichtert. Gerade bei der Kinder- und Jugendpolitik kommt es darauf an, nachhaltige Projekte zu fördern – das dient der gesamten Gesellschaft.

# „Mehr Lebensqualität im Landkreis“ - Das GRÜNE Wahlprogramm

Mit unseren Schwerpunkten besetzen wir auch weiterhin die wichtigsten Zukunftsthemen unserer Zeit. Daher werden wir oft kopiert. Aber geben Sie ihre Stimmen lieber dem Originalprogramm - dem besten Programm. Lesen Sie hier die Kurzversion.



## 1. Umwelt – Anwalt für die Natur

Die globale Veränderung der Umwelt, der Verlust von Arten und ganzen Wäldern in anderen Weltgegenden wird uns täglich von den Medien vor Augen geführt. Der Schutz und der Erhalt unserer Umwelt und Natur muss jedoch auch vor unserer Haustür beginnen.

Dazu dienen im Landkreis Schutzgebiete, die noch ausgeweitet werden müssen und deren Schutzstatus noch verbessert werden kann. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Europäischen Schutzgebiete Natura 2000 (FFH) und die Vogelschutzgebiete, die Naturräume in Deutschland und in Europa vernetzen.

Dabei gilt es den schwierigen Spagat zwischen Nutzung durch eine nachhaltige Bewirtschaftung, Interessen von Erholungssuchenden und Freizeitaktivitäten sowie dem Schutz von Tieren und Pflanzen zu moderieren und zum größtmöglichen Vorteil der Natur zu gestalten.

Ein nach wie vor ungelöstes Problem ist die Versalzung von Werra und Weser durch die Einleitungen der Firma Kali & Salz, die sowohl der Natur als auch dem Tourismus schaden. Sie müssen vollständig gestoppt werden.



## 2. Energie – Energieautark bis 2040

Wir setzen uns für die schrittweise Vollversorgung durch erneuerbare Energien im Landkreis Göttingen bis 2040 ein. Die Stromversorgung soll bereits bis 2030 durch Erneuerbare gesichert sein. Dafür wollen wir die Nutzung der Windenergie im Landkreis fördern. Auch durch Biogasanlagen mit kompletter Wärmenutzung, möglichst in Bioenergiegebieten, kann ein Beitrag geleistet werden.

Allerdings setzen sich die GRÜNEN auch dafür ein, dass der Energiepflanzenanbau für Biogasproduktion etwa ein Achtel der Ackerfläche nicht überschreiten sollte und standortnah erfolgt, damit er nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion gerät und die Belange des Naturschutzes berücksichtigt werden können.

Die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien setzt deutliche Einsparungen, insbesondere durch Wärmedämmung im Gebäudebestand voraus. Auf GRÜNE Initiative wurde für diesen Zweck ein Altbausanierungsprogramm in Millionenhöhe aufgelegt.

Neue benötigte Stromtrassen sind in unserem Landkreis als Erdkabel mit Gleichstromübertragung auszuliegen.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, das lokale Strom- und Erdgasnetz kommunal betrieben werden, um auch positive Effekte auf Einspeisungsmöglichkeiten regenerativer Energien zu nutzen. Neben dem umfangreichen Einsatz von Reststoffen bei der Energieerzeugung sollte verstärkt auf Elektromobilität gesetzt werden.

## 3. Mobil durch den Landkreis Göttingen - komfortabel und umweltfreundlich

Unser Ziel ist eine deutliche Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und des Energieverbrauches durch den Verkehr, weil nur so die Klimaschutzziele des Landkreises und die Energiewende erreicht werden können.



Dafür müssen der öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) und die Nutzung des Fahrrades als Alternative zum Auto eine größere Rolle spielen. Um diese Alternativen attraktiver zu machen, wollen wir die Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Bahnen ermöglichen. Die Attraktivität des ÖPNV muss durch weitere Eisenbahnhaltepunkte und zusätzliche Busverbindungen gefördert werden.

Wir werden die Elektromobilität fördern, v.a. Elektrofahrzeuge. Hinzu kommt der Bau von Radwegen im Landkreis Göttingen und in Zusammenarbeit mit der Stadt ein Netz von Radschnellwegen.

Diese Maßnahmen machen den Neubau von Straßen im Landkreis überflüssig.



## 4. Wirtschaft und Finanzen

Eng verzahnt mit unserem Ziel, des im Durchschnitt energie-unabhängigen Landkreises, ist unsere Vorstellung von einer ressourcenschonenden, innovativen Ausrichtung der lokalen Wirtschaft. Das lässt sich hervorragend mit dem Potential der Bildungsregion Südniedersachsen verbinden. Mit Co-Finanzierung des Landkreises kann die Förderung der EU für kleine- und mittelständige Unternehmen (KMU) gut ausgeschöpft werden.

Über eine intensive Beteiligung der BürgerInnen lassen sich die sehr begrenzten finanziellen Mittel des Landkreises optimiert einsetzen.



## 5. Sozialpolitik, die ankommt - Arbeit schaffen

Bündnis 90/Die GRÜNEN haben sich dafür eingesetzt, dass die Betreuung der BezieherInnen von Arbeitslosengeld II (ehemals Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe) durch den Landkreis Göttingen und nicht mehr durch die Agentur für Arbeit erfolgt. Wir haben hier eine große Verantwortung übernommen.

Unser Ziel ist es, dass Arbeitslose schnell in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Wenn dies so schnell nicht möglich ist, wollen wir den Betroffenen gezielte Bildungsangebote unterbreiten, damit sich ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Es gibt im Bereich der sozialen Einrichtungen, Kommunen usw. eine Vielzahl von sinnvollen Aufgaben, die von Beziehern von Arbeitslosengeld II übernommen werden können. Wir wollen Arbeitsplätze bei Kommunen, in

Kinderbetreuungseinrichtungen, Vereinen, Umweltverbänden usw. schaffen – sozialversichert statt als Ein-Euro-Job.

Auf einige Regelungen bei Arbeitslosengeld II haben wir als Landkreis Göttingen keinen Einfluss, zum Beispiel die Höhe der Regelsätze. Die derzeitigen 364,- Euro im Monat reichen nicht aus. Hier muss politischer Druck auf die CDU-FDP Bundesregierung ausgeübt werden, damit die Regelsätze, wie von uns gefordert, auf 420,- Euro im Monat erhöht werden. Wir wollen unsere Handlungsmöglichkeiten im Sinne der Betroffenen ausnutzen.

Die Mitarbeiter in den Jobcentern sollen mehr Zeit für die Beratung jedes einzelnen Arbeitslosen erhalten. Alleinerziehenden sollen Angebote für die Kinderbetreuung unterbreitet werden.



## 6. Kinder, Jugend und Demographischer Wandel

Die Zuständigkeit für Kindergärten und Jugendeinrichtungen liegt bei den Kommunen. Wir wollen die Träger darin unterstützen, Kindergärten zu Familienzentren zu entwickeln. Das Recht auf Kindertagesstättenplätze kann so wohnortnah eingelöst werden. Es muss ein Kita-Bedarfsplan erstellt werden, um die Bereitstellung von Plätzen zu fördern.

Langfristig wird eine beitragsfreie Kinderbetreuung angestrebt. Die Standards in der Jugendhilfe sind trotz nötiger Einsparungen zu halten, was durch Neuorganisation von Aufgaben und Fortschreibung der Jugendhilfeplanung möglich ist. Gute Jugendpolitik ist sozial und auch finanzpolitisch sinnvoll, da Probleme früh erfasst werden, was langfristig Geld spart.

Immer mehr älteren Menschen werden immer weniger "Junge" gegenüber stehen. Dadurch vergrößert sich das Missverhältnis zwischen Pflege-/Hilfsbedürftigkeit und Sozialbeiträgen. Wir setzen uns für die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle für Pflegebedürftige weiter ein.

Aufgrund des Bevölkerungsrückganges in nahezu allen Gemeinden sprechen wir uns für den Ausbau von zukunftsweisenden Dorfstrukturen aus. Neue Bauflächen sind kaum notwendig, so dass wir bei Neuausweisungen Streichungen dreimal so großer unbebauter Flächen fordern.



## 7. Schule und Bildungspolitik

Gemeinsames Lernen ist das langfristige Ziel GRÜNER Bildungspolitik. Nur so lässt sich der Zugang zu Bildung unabhängig vom sozialen Status erreichen. Dank des maßgeblichen Drucks der GRÜNEN Kreistagsfraktion sind im Landkreis neue Gesamtschulen entstanden. Wir unterstützen die Einrichtung von Oberschulen mit gymnasialem Zweig dann, wenn dies dem Wunsch von Eltern, Lehrkräften und SchülerInnen entspricht und keine Benachteiligung von IGSen erfolgt. Schließlich ist die IGS Göttingen gerade als beste Schule Deutschlands ausgezeichnet worden.

Der demographische Wandel mit sinkenden SchülerInnenzahlen kann eine Chance darstellen. Wir wollen die Schulen zu gebundenen Ganztagschulen umbauen, mit Pflichtunterricht auch in den Hauptfächern am Nachmittag und einem umfassenden pädagogischen Konzept. Nur so können wir auch SchülerInnen aus benachteiligten Milieus besser fördern, so dass niemand die Schule ohne Abschluss verlassen muss.

Auch die Inklusion, die Aufnahme behinderter Kinder, muss an allen Schulen möglich werden. In Zukunft gilt es, die Schulen durch Umbauten barrierefrei zu machen. Ein warmes Mittagessen, welches möglichst aus regional und biologisch angebauten Produkten zubereitet werden sollte, muss angeboten werden und sollte mindestens einmal die Woche komplett vegetarisch sein (Veggie Day).

Der Landkreis und seine Gemeinden tragen auch Verantwortung für eine wirkliche Förderung der MigrantInnen. Noch immer werden zu viele von ihnen an die Förderschulen verwiesen.

Wir wünschen uns mehr Lehrkräfte und SozialpädagogInnen mit Migrationshintergrund. Wir setzen uns außerdem für den Erhalt aller Berufsschulstandorte ein. Die Qualität des Angebotes der Volkshochschulen muss mit sämtlichen Außenstellen erhalten bleiben, auch nach einer möglichen Fusion der VHS mit der KVHS.



## 8. Gleichstellungspolitik

Die GRÜNEN verfolgen weiterhin das Ziel, die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern herzustellen. Dazu müssen strukturelle Benachteiligungen (z.B. auf dem Arbeitsmarkt) aufgehoben werden.

Ein funktionierendes Netzwerk hauptamtlicher Gleichstellungsbeauftragter im Landkreis ist dafür unerlässlich.

Alle kommunalen Gremien müssen die Gleichstellungspolitik stärker im Blick haben, angefangen bei der paritätischen Besetzung dieser Gremien mit Frauen und Männern.

Trotz sehr guter Qualifikation haben Frauen noch immer viel zu wenige Führungspositionen inne. Neben der Veränderung von Rahmenbedingungen kann nur eine verbindliche Quote hier zu wirklicher Gleichheit führen.

Voraussetzung für die Berufstätigkeit von Frauen und Männern ist eine gute Vereinbarkeit von Familie mit den Bedingungen der Arbeit. Das ist einerseits eine Aufgabe der Arbeitgeber, aber andererseits eine Aufgabe für die allgemeine Politik, um z.B. Ganztagschulen und Kinderbetreuung bereitzustellen.

In Stadt und Landkreis Göttingen existieren mit dem Frauenhaus und dem Frauennotruf, sowie weiteren Beratungsstellen, bedeutende Institutionen, die von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen Schutz und Hilfe bieten, aber auch wichtige Präventionsaufgaben leisten. Die anteilige Kreisfinanzierung dieser Frauenprojekte soll über mehrjährige Verträge abgesichert werden.

Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund sollen aktiv in das gesellschaftliche Leben einbezogen werden und daran teilhaben können. Die existenzielle Eigenständigkeit von Migrantinnen muss respektiert

werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass misshandelte und bedrohte Flüchtlingsfrauen im Landkreis Göttingen nicht der „Residenzpflicht“ unterliegen.



## 9. Integration

Wir GRÜNE streben einen weltoffenen Landkreis an. So wurde 1998 auf unsere Initiative eine bis heute erfolgreiche und lebendige Projektpartnerschaft in Comalapa, Guatemala beschlossen. Wir legen höchsten Wert auf gleichberechtigten Zugang zu Bildungsangeboten (von Kita bis Uni) und auf ein Widerspiegeln des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Verwaltung.

Somit sind die wichtigsten Aufgaben des auf unseren Antrag berufenen Integrationsbeauftragten die Schaffung interkultureller Kompetenzen in der Verwaltung und die Erstellung eines Integrationskonzeptes.

Ein großer Konfliktpunkt war in der vergangenen Wahlperiode die Umsetzung des Bleiberechts. Auf vielfältige Weise haben wir uns für eine möglichst humane Umsetzung der Bleiberechtsregelungen eingesetzt.

Es gilt weiterhin auf die menschenunwürdige Ausgestaltung des Bleiberechts aufmerksam zu machen und Verbesserungen einzufordern. Wir fordern einen Stopp der Abschiebungen in die Republik Kosovo und ein Ende der diskriminierenden Wertgutsausgabe an AsylbewerberInnen. Als Teil des Bündnisses gegen Rechts beteiligen wir uns weiterhin aktiv an der Arbeit gegen Nazis, Antisemitismus und Rassismus.



## 10. Die Kulturelle Landschaft im Landkreis ausbauen und erhalten

Trotz großer Finanznöte konnte von Stadt- und Landkreis neben den großen Institutionen wie DT, GSO und Händelfestspielen ein vielfältiger breit gefächter Kulturbereich weiter finanziert werden.

GRÜNE Ziele sind die zumindest mittelfristige finanzielle Absicherung durch Verträge und keine Kürzungen im Kulturbereich. Vernetzung und Förderung regionaler Veranstaltungen kommen gut voran.



## 11. Sport: Wir wollen den Landkreis bewegen

Das vielfältige Vereinsleben wird gestützt durch vom Landkreis bezuschusste ÜbungsleiterInnenpauschalen, aber auch durch ein langjähriges Sportstättenförderprogramm.

Nach der Evaluierung des Sportstättenförderprogrammes sollen auch Trendsportarten als Anreiz für Jugendliche besonders berücksichtigt werden. GRÜNE Zielsetzung ist, in Duderstadt und Hann. Münden und den Gemeinden mittelgroße Sportveranstaltungen zu fördern.

## Sie wollen das volle Programm?

„Mehr Lebensqualität im Landkreis Göttingen“ als Broschüre mit 48 Seiten

Bei den GRÜNEN vor Ort (Adresse auf Seite 1) oder als download unter

[www.gruene-goettingen.de](http://www.gruene-goettingen.de)

[www.gruene-goettingen.de](http://www.gruene-goettingen.de)

## GRÜNE Veranstaltungen zur Kommunalwahl: Diskutieren Sie mit!

Mo. 29. Aug. 2011, 18.30 Uhr  
Holbornsches Haus (Göttingen, Rote Straße 34)

**Ohne Atom und Kohle 100% erneuerbar in die Zukunft**  
Mit Christel Wemheuer (Landratskandidatin), Stefan Wenzel (Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Landtag) und Sabine Morgenroth (GRÜNE Ratsfraktion Göttingen).

Do. 01. Sep. 2011, 19.00 Uhr  
Pizzeria Rigoletto, Dransfeld  
**Neue Energie für Dransfeld! 100% erneuerbar in die Zukunft**  
Mit Christel Wemheuer und Stefan Wenzel

Sa. 03. Sep. 2011, 14.00 Uhr  
Schedener Weg 9, H. Münden  
**Das Sommerfest der GRÜNEN Hann. Münden**

Mo. 05. Sep. 2011, 18.30 Uhr  
Holbornsches Haus (Göttingen)  
**Mobilitätskonzepte jenseits von Südspangphantasien**  
Mit Christel Wemheuer und Ulrich Holfleisch (verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN Stadtratsfraktion Göttingen)

Di. 06. Sep. 2011, 18.30 Uhr  
Holbornsches Haus (Göttingen)  
**Integration und Toleranz – nur ein Sommermärchen?**  
Mit Prof. Scott S. Gissendanner (Politikwissenschaftler, Uni Göttingen), Filiz Polat (GRÜNE Landtagsabgeordnete) und Mehmet Tugcu (Vorsitzender des Integrationsrates, GRÜNE Stadtratsfraktion)

Di. 06. Sep. 2011, 19.00 Uhr  
Bürgerhaus Bovenden, Foyer  
**Neue Energie für Bovenden! 100% erneuerbar in die Zukunft**  
Mit Christel Wemheuer und Stefan Wenzel

Do. 08. Sep. 2011, 18.00 Uhr  
Wochenmarktplatz in Göttingen  
**Abendveranstaltung mit Jürgen Trittin und Kulturprogramm**

Fr. 09. und Sa. 10. Sep. 2011  
ganztagig am  
Alten Rathaus Göttingen  
**48-Stunden-Wahlkampfstand der GRÜNEN Jugend**

**Nähere Informationen und mehr Veranstaltungen finden Sie unter**

[www.gruene-goettingen.de](http://www.gruene-goettingen.de)

## IMPRESSUM

Herausgegeben von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Göttingen  
Lange-Geismar-Str. 73  
37073 Göttingen

V.i.S.d.P.: Dietmar Kuhn

[www.gruene-goettingen.de](http://www.gruene-goettingen.de)  
[gruene.goettingen@t-online.de](mailto:gruene.goettingen@t-online.de)

Redaktion: Die AG-Kommunalwahl, der Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion

Gestaltung Grafik und Umsetzung: Dietmar Kuhn

Druck: Göttinger Tageblatt